

„Unteilbar?“

Menschenrechtspolitik vor und seit 1989

24. März 2011

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8

10117 Berlin-Mitte

19 Uhr

1989 ist vorbei, die Mauer gefallen und Deutschland seit dem 3. Oktober 1990 offiziell vereint. Der Kalte Krieg ist beendet, die kommunistischen Diktaturen in Osteuropa durch die Friedliche Revolution überwunden. Die Prämisse der von den Vereinten Nationen nach dem Ende des zweiten Weltkrieges 1945 formulierten Charta – „die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen“ – könnte in diesem engen Fokus als realisiert gelten. Die Menschenrechte haben in der internationalen Politik zwar proklamatorisch an Bedeutung gewonnen, aber eine kontroverse Auseinandersetzung mit den Menschenrechten ist hochaktuell, wie ein prominent besetztes Podium mit Volker Beck, Mitglied des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestags, Iwona Kozłowska, erste Botschaftsrätin der Republik Polen in Berlin, Irina Scherbakowa, Memorial Moskau, und Gerd Poppe, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, deutlich machte. Die Robert-Havemann-Gesellschaft, der Menschenrechtsbeauftragte im Auswärtigen Amt, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Heinrich-Böll-Stiftung hatten diesen Abend gemeinsam initiiert.

Vor diesem Hintergrund hätte Ralf Fücks, Vorsitzender der Heinrich-Böll-Stiftung, die beiden ideell und personell motivierten Gründe, mit denen er das gewählte Gesprächsthema erklärte, durchaus um einen dritten Grund – die aktuellen Ereignisse in Ägypten, Tunesien und Libyen – erweitern können. Ein Aspekt, der während des Abends die Debatte dominierte.

Damit ist auch das Verdienst dieser Podiumsdiskussion benannt: Unter der Leitung von Moderatorin Margit Miosga, Journalistin beim RBB, entbrannte eine lebhaftige Debatte, die sich vor allem durch verschiedene Blickwinkel – aus ost- und westdeutscher sowie polnischer

und russischer Perspektive – auf das „Schlüsseljahr“ 1989 auszeichnete. Doch dabei beließ es die Gesprächsrunde nicht: Mit dem stetigen Rekurs auf die Ereignisse in den afrikanischen Ländern gelang es ihr, den Bogen von der Vergangenheit in die Gegenwart zu schlagen und die aktuelle Relevanz und Problematik der Menschenrechtspolitik anschaulich zu verdeutlichen.

Bei der Begrüßung durch Ralf Fücks standen jedoch zunächst der ideelle Charakter der Menschenrechte und die biographische Verbundenheit Gerd Poppes mit diesem Thema im Vordergrund. Erstens, so argumentierte Fücks, handele es sich bei den Menschenrechten um die einzige verbliebene Utopie, nachdem sich alle Ismen gründlich diskreditiert hätten. Fücks reduzierte die komplexe Problematik auf eine einfache Grundformel, indem er „Menschenrechte als Leitlinie für eine bessere Welt“ definierte. Damit verwies er auch auf den ideellen Charakter der Menschenrechte und leitete so zum zweiten Grund für die abendliche Auseinandersetzung mit der Menschenrechtspolitik vor und seit 1989 über: Gerd Poppe. Der „authentische 68er Ost“, der am Folgetag seinen 70. Geburtstag feierte, ist nach Einschätzung Fücks ein „Mensch, dessen persönliche Biographie untrennbar mit den Menschenrechten verbunden ist“.

Neben Marianne Birthler, ehemalige Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Ulrike Poppe, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg, Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung bei der BStU, Roland Jahn, amtierender Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, und Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, war auch Markus Löning, Mitveranstalter und Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt, gekommen, um Gerd Poppe zu ehren. Und der räumte in seinem Grußwort erst einmal mit tradierten Stereotypen auf: Habe sich die Menschenrechtspolitik vor 1989 recht eindeutig in die beiden Extreme einer „rechten“ und „linken“ Politik differenziert, so sei die internationale Menschenrechtspolitik nach 1989 wesentlich austarierter und deutlich befreiter von Ideologie. Doch nach wie vor sei ein unumstößlicher Grundsatz, dass Menschenrechtspolitik in hohem Maße von den Akteuren abhängt, die sie betreiben. Mit dieser Einschätzung lenkte er den

Blick von den europäischen Schlüsselereignissen 1989 und der Person Gerd Poppe auf die aktuellen Geschehnisse in den afrikanischen Staaten. Denn: „Natürlich fragen uns die Tunesier, wie seid ihr damit umgegangen?“ Hinter dieser Ausführung verbarg sich die Frage nach dem Stellenwert der Umbrucherfahrung für politische Protagonisten außerhalb des einstigen Ostblocks. Seine Antwort: „Ich glaube, es ist wichtig, dass wir unsere Erfahrungen mit Wandel dort einbringen“, denn: „Das europäische Modell ist erfolgreich“.

Der Menschenrechtsdiskurs – ein deutscher Exportschlager?

Irina Scherbakowa betonte im Podiumsgespräch zwar den Stellenwert des Jahres 1989 für individuelle biographische Kontexte: „Das Jahr 1989 war das glücklichste Jahr unseres Lebens.“ Doch den semantischen, von Michail Gorbatschow initiierten Topos der „Perestroika“ lehnte sie ab – diese Formel sei zu banal, um mit Blick auf die Menschenrechte den tatsächlichen Stellenwert der Ereignisse von 1989 erfassen zu können. Stattdessen empfahl sie mit „neues Denken“ und „Europa, unser gemeinsames Haus“ zwei ebenfalls von Gorbatschow geprägte Sinnstiftungen, die die Etablierung neuer Werte und die Öffnung Russlands aus ihrer Sicht besser repräsentierten.

Iwona Kozłowska sprach mit Blick auf 1989 von einer „deutsch-polnischen Schicksalsgemeinschaft“, in der sich die Menschenrechte als sehr starkes Bindeglied erwiesen hätten: „Polen haben den Traum gelebt auch mit der deutschen Oppositionellen und es hat sich gelohnt, mutige Ziele zu haben.“ Um die Rückkehr nach Europa sei es damals gegangen. Ein Ziel, das mit Blick auf die Revolten in den afrikanischen Ländern den Wandel 1989 erleichtert habe, denn es „macht es sicherlich viel einfacher, wenn man weiß, was auf der anderen Seite ist: die Freiheit“.

Tut sich die Revolution in den afrikanischen Ländern deshalb so schwer?

Es komme auf den Maßstab an, lautete der Konsens auf dem Podium. So rekurrierte Volker Beck auf die Bedeutung von Internet und Facebook für das Eintreten für Menschenrechte: „Man sieht auch hier, was Freiheit ist und was sie bedeutet.“ Vor diesem Hintergrund warnte Gerd Poppe dann auch davor, die Menschenrechte und die mit ihr einhergehende Politik ausschließlich mit westlichen Werten aufzuladen, handele es sich doch um „universelle Rechte“.

Und wie sind Menschenrechte universell durchzusetzen?

Diese problematische Frage wurde am Beispiel Chinas diskutiert. Vor allem Volker Beck und Gerd Poppe vertraten hier deutliche Ansichten. So argumentierte Beck mit Blick auf die inhaftierten Dissidenten in China für Menschenrechtspolitik als eindeutige Symbolpolitik: „Das Mindeste, was wir tun können, ist zu signalisieren, wir haben sie nicht vergessen.“ Gerd Poppe ging noch einen Schritt weiter. In seinem Plädoyer, das durchaus als Fazit des Abends betrachtet werden kann, prangerte er mit Blick auf die Politik an: „Es reicht nicht, verschämt einen Zettel mit Namen von Gefangenen rüberzureichen und nach einem Jahr zu fragen, ob es eine Antwort gibt.“ In der anschließenden Diskussion hatte Ilko-Sascha Kowalczyk für die Anwesenden noch eine ganz pragmatische Lösung parat: „Kein Urlaub in Diktaturen.“